Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 7-8

Rubrik: Informationen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und schliesslich Saigoner Truppen in der Hauptstadt selbst — so hat sich das Lon-Nol-Regime demaskiert.

Sihanouk hat Lon Nol mit Recht beschuldigt, eine «Marionette von Marionetten» zu sein: «Unser Land wird von der Armee des Regimes von Thieu und Ky okkupiert, die selbst Marionetten der Vereinigten Staaten sind», sagte Sihanouk in einem Interview. «Lon Nol ist ein Unterlakai; er untersteht dem Saigoner Marionettengeneral Do Kal Tri, der seinerseits ein Lakai der Amerikaner ist. Es gibt Photos von Lon Nol mit Do Kal Tri in der Provinz Sway Rien. Er hat unser Land in eine Subkolonie verwandelt.» So sieht der Grossteil des kambodschanischen Volkes die Lage, und dies ist der Grund, warum Lon Nol absolut keine Unterstützung im Land findet.

Wilfred Burchett

Informationen

Dem Generalsekretär des International Fellowship of Reconciliation (IFOR) in Driebergen (Holland) sind von Vertrauensleuten Berichte aus verschiedenen Ländern zugekommen, die zur Information auch weitere Kreise interessieren dürften. Darum erlauben wir uns von Zeit zu Zeit, einzelne von ihnen an eine weitere Öffentlichkeit weiterzugeben.

Zunächst finden Sie eine Information über die Lage in Rhodesien weitergegeben, die unter dem Titel «*Rhodesien im Kriege*» aus örtlichen Pressemitteilungen zusammengestellt ist:

«Rhodesien ist nicht nur in einen Wirtschaftskrieg verwickelt. Es ist an einem Guerillakrieg beteiligt, welcher einen grossen Teil seiner bewaffneten Kräfte, die Polizei und eine Anzahl von südafrikanischen Polizisten beschäftigt. Dieser Krieg dauert mit Unterbrüchen nun schon fünf Jahre, und man zählt als seine Opfer 170 Guerillas und 15 rhodesische und südafrikanische Krieger. Die Zahl der Verluste an Zivilpersonen, wenn es solche überhaupt gab, wird geheimgehalten wie auch die Anzahl der Gefangenen.

Die Aktionen der Guerillas haben sich offensichtlich darauf beschränkt, unter der Bevölkerung auf dem Lande Rekruten anzuwerben, wobei sie nicht erfolglos blieben. Selten griffen sie die rhodesischen Armeegruppen an, ausser sie hätten sich gegen sie zu wehren gehabt. Die Zusammenstösse in diesem Frühjahr mögen Ausnahmen sein und bezeichnen eine Änderung der Politik. Die Guerillas sind ausreichend mit modernen Waffen versehen, welche immer als von ‚kommunistischer Herkunft' beschrieben werden. Sie stammen entweder aus Rhodesien oder aus Südafrika, und es wird gesagt, dass sie in Tansania und Zambia ausgebildet werden. Einige haben vor Gericht bestätigt, dass sie auch eine Ausbildung in Kuba, Sowjetrussland und China erhalten hätten. Es wird angenommen, dass es etwa 1000 Guerillas gibt.

Die Regierung glaubt so sehr die Lage zu beherrschen, dass das Zambesi-

tal den Jägern geöffnet ist. Die Verlustzahlen der Guerillas sind hoch dank einigen Gliedern der ländlichen Bevölkerung, welche für ‚Informationen, die zur Gefangennahme von «Terroristen» geführt haben', reich entschädigt wurden. Trotzdem hielt es Ian Smith für nötig, Zambia vor den Folgen seiner andauernden Zusammenarbeit mit den Guerillas zu warnen, indem er eine ausgiebige Vergeltung in Aussicht stellte.

Obwohl unter der geltenden Verteidigungsgesetzgebung eine Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen vorgesehen ist und in den Gesetzeserlassen Berücksichtigung findet (die Militärdienstpflicht gilt für neun Monate für alle über siebzehnjährigen nichtafrikanischen Einwohner), war es mir trotzdem unmöglich, einen solchen Fall im Verlaufe der letzten drei Jahre zu finden. Das Verteidigungsgesetz erlaubt eine solche Ausnahme nur auf Grund religiöser Gewissensgründe. Das sie prüfende Gericht kann auf vollständige Befreiung, Zurückstellung oder einen nichtwaffentragenden Dienst in der Armee befinden. Als letzthin gewisse Personen deswegen eine Verbindung mit dem Verteidigungsministerium aufnehmen wollten, erhielten sie keine Antwort.»

Das Gesetz über den Landbesitz von 1970

1. Dieses Gesetz teilt den Boden Rhodesiens etwa folgenderweise ein:

Europäern zukommender Boden	45 000 000 acres,	Bevölkerung	250 000
Afrikanern zukommender Boden	45 000 000 acres,	Bevölkerung	5 000 000
Nationaler Boden	6 600 000 acres		

Der den Afrikanern zugeteilte Boden ist stets am unfruchtbarsten und am weitesten von Verkehrsgelegenheiten entfernt. Manche afrikanischen Gebiete haben eine schnell anwachsende Bevölkerung zu tragen auf Böden, die jedes Jahr schlechter werden. Sie stellen an die Bevölkerung stets wachsende Probleme, da sie versuchen muss, durch eigene Ernten ihr Leben zu fristen.

2. Die Ideologie, welche hinter dem Gesetz über den Landbesitz steht, bestätigt, dass es wünschbar und recht ist, dass Menschen von verschiedener rassischer Herkunft von Gesetzes wegen auseinandergehalten werden. Das Miteinanderauskommen der Rassen könne erhalten werden, indem man die Rassen möglichst voneinander trennt.

3. Die zwangsweise Entfernung von Afrikanern von den Orten ihrer Geburt, um Europäern Platz zu machen, hält an. Dieses Gesetz steigert das Gefühl der Unsicherheit. Der einzige Schutz für den Afrikaner besteht in einem Rat von Verwaltern, die durch die Regierung gewählt werden.

4. Die Regierung unter Whitehead (das heisst diejenige unter einem früheren Minister) schuf eine Landreserve von sechs Millionen acres, welche von beiden Rassen in Besitz genommen werden konnte. Das jetzige Gesetz liess sie verschwinden, und der grösste Teil dieses Bodens wird den Europäern übermacht.

5. Alle grösseren Kirchen besitzen grosse Landstücke unter dem Namen «Missionsland». So besitzt die römisch-katholische Kirche 150 000 acres. Ein Teil dieses Landes wurde ihr von der British South Africa Company verliehen, welche damals die Verwaltungsbehörde war.

a) Europäisches Gebiet: Die Kirchen müssen ihre Besitzurkunden registrieren lassen. Der Minister kann sie aberkennen. Es wird befürchtet, dass die afrikanischen Pächter auf Missionsland von ihm weggewiesen werden und dass das Land europäischen Pächtern zugesprochen wird.

b) Afrikanergebiet: Das Missionsland kann von den Kirchen nicht gekauft werden. Man weiss nicht, was mit den afrikanischen Pächtern auf solchem Boden geschehen wird.

6. Das Gesetz über den Landbesitz kann vom 1. September an die Kirche in folgender Weise einschränken:

Die Kirche kann sich nicht länger frei unter der Bevölkerung von verschiedenen Rassen bewegen, um ihren Dienst auszuüben. Die Angehörigen verschiedener Rassen können sich nicht länger frei zum Gottesdienst in Kirchen ausserhalb ihrer eigenen vorgeschriebenen rassischen Bezirke ohne Erlaubnis der lokalen Behörden und des Bodenministeriums zusammenfinden.

Die Kirche hat nicht mehr das Recht, wen sie will in ihre Schulen aufzunehmen.

Der Kirche kann verboten werden, in ihre eigenen Krankenhäuser Menschen einer Rasse aufzunehmen, welche nicht mit der des vorgeschriebenen Bezirkes übereinstimmt.

Der Kirche ist nicht länger erlaubt, ohne eine Erlaubnis des Ministers Priester und Kirchendiener verschiedener Rassen in der gleichen Wohngemeinschaft zusammenleben zu lassen.

Der Kirche wird es nicht mehr möglich sein, ihr eigenes Land und ihr Besitztum frei zu bewirtschaften.

7. Der Minister ist die letzte Instanz. Gegen seine Entscheidung gibt es keine Berufung.

Das Schulwesen

Rhodesiens Erziehungspolitik wird dort grundsätzlich gestört, wo sie der Rassenfrage begegnet. Die Schulung der Europäer ist weitgehend dem Staate überbunden. Sie ist obligatorisch. Es wird erwartet, dass die Eltern gewisse minimale Schulgelder bezahlen, aber es ist ihnen gestattet, mit der Bezahlung in Verzug zu bleiben. Die Primarschulbildung der Afrikaner fällt aber punkto Verwaltung und Finanzen in die Verantwortung der Gemeinde. Die Begründung dieser Änderung besteht darin, dass man vorgibt, so mehr Geld für die Entwicklung der höheren Schulbildung der Afrikaner zur Verfügung zu haben. Dabei muss beachtet werden, dass zurzeit der selbe Betrag für europäische Kinder wie für die Afrikaner ausgesetzt ist, wobei aber erstere einen sehr geringen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen. Über 80 Prozent der Schulbildung der Afrikaner geschieht durch die Kirchen. Auf den Januar 1971 ist eine fünfprozentige Kürzung des Regierungsbeitrages an die Saläre der afrikanischen Primarlehrer in Missions- und anderen subventionierten Schulen vorgesehen, und die Kirchen wurden aufgefordert, die zur Deckung nötigen Summen, welche sich mit den Jahren erhöhen werden, selber aufzubringen. Die Kirchen sind aber der Auffassung, dass es

ihnen unmöglich ist, weitere finanzielle Verpflichtungen auf sich zu nehmen, und dass sie als Werkzeuge dazu benutzt werden sollen, diese Lasten der afrikanischen Bevölkerung durch Erhöhung der Schulgelder aufzubürden. Schon jetzt haben in subventionierten Schulen für Afrikaner die Eltern die Verantwortung für die Gebäude, die Unterkunft der Lehrer, die Schuleinrichtungen und die Verwaltungskosten zu tragen. Solches gefährdet das Schicksal von Tausenden von afrikanischen Kindern. Das einzige, was die Regierung dazu zu sagen hat, besteht darin, dass sie hoffe, dass die lokalen Behörden oder Komitees die Sache übernehmen werden. Die örtliche Bevölkerung ist überall darüber überaus bestürzt, und die meisten Gebiete sind nicht in der Lage, die Verwaltung der Schulen auf sich zu nehmen. Es wird erwartet, dass der Bildungsgrad sinken wird und dass viele Schulen geschlossen werden müssen.

Gelegenheiten zu höherer Schulbildung stehen sehr selten zur Verfügung. So verlassen beispielsweise jedes Jahr etwa 38 000 Kinder die Primarschule, aber 1968 standen für den ersten Jahrgang der Sekundarschule nur 6754 Plätze zur Verfügung. Im selben Jahr erhielten nur 1602 Studenten Plätze in Schulen für «O-level»-Studien und 150 für «A level».

Die Kirchen haben schon längst eine totale Revision der Schulpolitik des Landes verlangt, aber die Möglichkeit, dass eine solche an die Hand genommen wird, liegt bei einer rassistischen Verwaltung in weiter Ferne; aber sie scheint darauf auszugehen, die Bildungsmöglichkeiten für Afrikaner auf ein Minimum hinunterzudrücken. Dies weist sich in den für die Bildung der Afrikaner vorgesehenen Finanzen aus. Kein Notstand liegt diesem Verhalten zugrunde, sondern die Beschränkung auf 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die rasch anwachsende Bevölkerung und die offensichtlich passive Wirtschaftslage wirkt sich in einer Verminderung der Ausgaben pro Kopf auf die Schulbildung der Afrikaner aus.

Obwohl die Hindernisse, die den Schulung suchenden Afrikanern entgegenstehen, gross sind, so sind sie nicht zu Ende, wenn sie die Schulausbildung hinter sich gebracht haben. Der Arbeitsplätze für gebildete Afrikaner sind äusserst wenige. Es gibt keine rhodesischen schwarzen Ingenieure, Feldmesser, Architekten, Buchhalter in Geschäftsleitungen. Die einzigen Berufe, die Frauen offen stehen, sind Krankenschwesterdienst und Schullehrerin, und für Männer besteht einzig der Lehrerberuf. Krankenschwestern und Lehrer sind Staatsangestellte oder stehen unter den Bestimmungen für Staatsangestellte, welche sie an der Teilnahme an politischer Betätigung verhindern – und dies sogar so weit, dass es ihnen nicht erlaubt ist, an einer politischen Versammlung Fragen zu stellen. Dies ist eine der Ursachen, warum es afrikanische politische Parteien so schwer haben, Führer zu finden.

Südafrika

Südafrika befindet sich heute offensichtlicher im «Kriegszustand» als vor fünf Jahren. Es besteht eine nicht zugegebene Konfliktsituation, welche etwa den Eindruck einer zivilen Auseinandersetzung macht, in welche Südafrikaner von beiden Seiten am Guerillaeinbruch im Norden verwickelt sind.

Einzelne Zeichen dieses Kriegszustandes zeigen sich schon in einer Ausweitung der Rekrutierung, einem Verstummen von militärischen und polizeilichen Informationen, in Grenzpatrouillen und Vorbereitungen zur Zivilverteidigung. Dies ist eine betrübliche Lage, eine Lage, in welcher Vertreter einer Verständigungslösung eine fördernde und hilfreiche Führung einnehmen sollten.

In zunehmender Zahl scheinen junge Leute eine Bewegung ins Leben rufen zu wollen, welche auf diese Auseinandersetzungen eine Antwort geben soll, ohne Anwendung von Gewalttätigkeit und ohne dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit auszuweichen. Nach meiner Erfahrung haben besonders die Studenten überlegen auf Artikel, welche in Verbindung mit der Gandhi-Jahrhundertfeier erschienen, geantwortet.

Es scheint mir, dass diese Lage eine kühne Politik erfordert. Es ist an der Zeit, dass in der Öffentlichkeit bekannt wird, was eine pazifistische Politik in Südafrika heissen soll. Ein praktischer Versuch tut not und nicht nur immer ein Schwatzen. Es ist nötig, dass wir mit «bitter enders» (solche, die bis ans bittere Ende mit der Apartheid wie bisher weitermachen wollen. WK) in Südafrika ins Gespräch kommen. Es ist nötig, dass wir Freundschaft und Verbindung mit Menschen guten Willens in «Feindländern» aufnehmen. Wir haben einen zügigen Gegenvorschlag gegen den Militärdienst einzubringen; auch wenn er nicht angenommen wird, sollten wir ihn aufrecht erhalten. Wir sollten jungen Männern, die ihrer Rekrutierung entgegensehen, mit Rat beistehen. In dieser besonderen Lage mag es euren Mut stärken, zu wissen, dass ich mit dem diensttuenden Untersuchungsbeamten Major T. J. Swanepoel im Compolgebäude in Pretoria ein Gespräch führte. Es betraf dies einen Gefangenen, dessen Frau in East London lebt, und der von ihrer Kirche Beistand erwartet. Auch wenn man nicht in direkten Kontakt kommen kann, so leben wir alle in der südafrikanischen Lage, und irgendwie haben wir in unserem Leben viele andauernde und wirkungsvolle Begegnungen mit entgegengesetzten Bestrebungen in unserer Nation, in welche man kämpferisch eingreifen kann.

Beiden Seiten guten Willen bezeigen, gegenseitiges Verständnis aufbauen, Vertrauen entgegenbringen und Verbindungen schaffen, ist der einzige der Wirklichkeit entsprechende Weg zurück in eine glücklichere Zeit, in welcher das Regiment des Rechts, das auf allgemeiner Zustimmung beruht, das Regiment der Angst ersetzen wird. *Übersetzt von Willi Kobe*

Maos Ideen in Indien

Was im Subkontinent Indien mit seiner rapid zunehmenden Bevölkerung und einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Ochsenkarrentempo zu erwarten war, scheint sich anzukündigen. Die «Far Eastern Economic Review» (18. Juni 1970), die nicht dafür bekannt ist, dass sie unbedeutende Vorgänge aufbauscht, spricht von einem «kommenden Sturm». Be-